

WZB

Wissenschaftszentrum Berlin
für Sozialforschung



Vanessa Wintermantel

Forschungsbericht IV. Ergebnisse der Vermächtnisstudie zum Thema sozialer Zusammenhalt und Sozialstaat

Discussion Paper

P 2017-009

Juni 2017

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung

Projektgruppe bei der Präsidentin

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH
Reichpietschufer 50
10785 Berlin
www.wzb.eu

Das Urheberrecht liegt beim Autor.

Discussion Papers des WZB dienen der Verbreitung von Forschungsergebnissen aus laufenden Arbeiten im Vorfeld einer späteren Publikation. Sie sollen den Ideenaustausch und die akademische Debatte befördern. Die Zugänglichmachung von Forschungsergebnissen in einem WZB Discussion Paper ist nicht gleichzusetzen mit deren endgültiger Veröffentlichung und steht der Publikation an anderem Ort und in anderer Form ausdrücklich nicht entgegen. Discussion Papers, die vom WZB herausgegeben werden, geben die Ansichten des jeweiligen Autors wieder und nicht die der gesamten Institution WZB.

Vanessa Wintermantel

Forschungsbericht IV. Ergebnisse der Vermächtnisstudie zum Thema sozialer Zusammenhalt und Sozialstaat

Discussion Paper P 2017-009

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (2017)

Zusammenfassung

Forschungsbericht IV. Ergebnisse der Vermächtnisstudie zum Thema sozialer Zusammenhalt und Sozialstaat

von Vanessa Wintermantel

Dies ist ein Beitrag aus der Forschungsberichtsreihe zur Vermächtnisstudie. Die Vermächtnisstudie ist eine Kooperation von DIE ZEIT, infas Institut für angewandte Sozialwissenschaft und dem Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) unter der wissenschaftlichen Leitung von Jutta Allmendinger. Befragt wurden 3.104 zufällig ausgewählte Personen im Alter von 14 bis 80 Jahren in der Bundesrepublik Deutschland. Die Befragung fand zwischen Anfang Juli und Mitte Oktober 2015 statt. Eine weitere Sonderbefragung wurde im November und Dezember 2015 zum Thema „Flucht“ durchgeführt. Zwischen Mitte Juni und Mitte August 2016 wurde eine dritte Befragung der Vermächtnisstudie durchgeführt, die Teile der ersten Befragung replizierte. Die Forschungsberichte dieser Reihe dienen als Übersicht der Datenauswertungen und stellen Begleitpublikationen zum Buch „Das Land, in dem wir leben wollen“ von Jutta Allmendinger dar. Allen Forschungsberichten liegen Arbeiten des gesamten Forschungsteams zugrunde¹. Der folgende Forschungsbericht befasst sich mit dem Thema des sozialen Zusammenhalts.

¹ Das Forschungsteam setzt sich zusammen aus: Jutta Allmendinger (Oktober 2014 bis heute), Lisa Schulz (Oktober 2014 bis September 2015), Jan Wetzel (Oktober 2014 bis heute), Nona Schulte-Römer (Dezember 2014 bis November 2015), Claudia Nentwich (Dezember 2014 bis Dezember 2016) Valerie Heidel (August 2015 bis März 2016), Georg Helbing (August 2015 bis April 2016), Patricia Wratil (Oktober 2015 bis heute), Henrik Rubner (März bis Dezember 2016), Vanessa Wintermantel (Mai 2016 bis März 2017), Tatjana Kuhn (April bis August 2016), Olga Wiens (Oktober 2016 bis Januar 2017), Julia Haarbrücker (Oktober 2016 bis heute).

Die Solidarität

Wir schaffen das. Wir sind das Volk. Der Sommer 2015, in dem die Vermächtnisstudie ins Feld ging, war von diesen beiden kurzen Sätzen geprägt. Der erste – ausgesprochen von der Bundeskanzlerin, sollte zum Leitspruch der Willkommenskultur werden, von all jenen, die sich für grenzenlose Solidarität mit Menschen einsetzen, die nach Deutschland geflohen sind. Der zweite Satz ist die wütende Antwort von denen, die fürchten, dass sie bei all der Solidarität mit den „Fremden“ zu kurz kommen werden. Die beiden Sätze markieren symbolhaft eine neue politische Spaltung der Gesellschaft.

Trotz der Polarisierung, für die die beiden Losungen verkürzt stehen, haben sie Eines gemeinsam: das „Wir“ zu Satzbeginn. Zu Recht fragen sich manche: Gibt es dieses "Wir" denn überhaupt (noch)? Und wenn ja, wer ist gemeint? In Zeiten, die laut bekannter zeitgenössischer Soziologen wie Ulrich Beck und Anthony Giddens durch zunehmende Individualisierung geprägt sind, zweifeln viele daran, dass das „Wir“ noch von Bedeutung ist. Der soziale Zusammenhalt, so die häufig gestellte Diagnose, ist geschwächt.

Das Wir-Gefühl

Um diesem Allgemeinplatz auf den Zahn zu fühlen, fragten wir die Menschen in der Vermächtnisstudie nach ihrem Wir-Gefühl. Hierbei handelt es sich nicht um einen Fachbegriff, vielmehr diente die Frage nach einem Wir-Gefühl dazu, die Befragten auf ihr persönliches Zusammengehörigkeitsgefühl anzusprechen. Die empfundene Zusammengehörigkeit kann sich nicht nur auf das persönliche Umfeld, sondern auch auf das ganze Land beziehen. Damit wird mit dieser Frage auch der soziale Zusammenhalt in Deutschland thematisiert. Hierbei ist wichtig festzuhalten, dass das Konzept des sozialen Zusammenhalts – bei uns das Wir-Gefühl – häufig mit dem Konzept der Solidarität verwechselt wird.² Während sozialer Zusammenhalt die Einheit einer Gruppe beschreibt, bezieht sich Solidarität auf die Bereitschaft, Bedürftige zu unterstützen. Häufig wird sozialer Zusammenhalt jedoch als Grundvoraussetzung für Solidarität verstanden.

Unser erstes Ergebnis ist, dass die Menschen in Deutschland um den sozialen Zusammenhalt besorgt sind. Gefragt danach, ob die Menschen in Deutschland heute ein starkes Wir-Gefühl verbindet, stimmen nur 17 Prozent voll und ganz zu. Andererseits lehnten auch nur 9 Prozent der Befragten entschieden ab: Der Mittelwert liegt im mittleren Skalenbereich. Menschen mit eigener und familiärer Migrationserfahrung und Menschen mit überdurchschnittlich hoher sozialer Kontrollüberzeugung stimmen bei der Frage signifikant häufiger zu als Menschen ohne Migrationserfahrung und Menschen mit

² De Beer/ Koster 2009 und Paskov/ Dewilde 2012.

unterdurchschnittlich hoher sozialer Kontrollüberzeugung, während Ostdeutsche im Gegensatz zu Westdeutschen und die Altersgruppe zwischen 36 und 50 Jahren im Gegensatz zu den 66-Jährigen und Älteren signifikant seltener zustimmen. Insgesamt zeigt sich hier eine Unsicherheit: Kann man sich auf seine Mitmenschen verlassen?

Die große Skepsis überrascht vor dem Hintergrund unseres zweiten Ergebnisses. Einer überwältigenden Mehrheit ist das Wir-Gefühl ausgesprochen wichtig. Wir erfragten die Wichtigkeit in den üblichen drei Erhebungsdimensionen des Hier und Jetzt, des Vermächtnis und der Zukunftserwartung. 81 Prozent der Menschen sagen aus ihrer persönlichen Lebenserfahrung heraus, dass es ihnen im Hier und Jetzt sehr wichtig sei, ein Wir-Gefühl zu haben. Die Wichtigkeit des sozialen Zusammenhalts hat damit einen der höchsten Zustimmungswerte der gesamten Studie. Frauen ist das Wir-Gefühl sogar noch wichtiger als Männern. Auch Menschen mit einem sehr diversen Freundeskreis und großem sozialen Handlungsvermögen ist das Wir-Gefühl noch wichtiger als dem Durchschnitt. Andererseits spielt auch Angst eine große Rolle: Menschen, die überdurchschnittlich viel Angst haben – vor Krieg, Terror und Überfremdung, genauso wie vor dem Alleinsein oder der eigenen Armut – ist das Wir-Gefühl besonders wichtig. Sowohl eine besonders feste Verankerung in der Gesellschaft, als auch persönliche Ängste sorgen also dafür, dass sich Menschen ganz besonders auf die Gemeinschaft berufen. Diese Unterschiede bewegen sich auf einem insgesamt sehr hohen Niveau – letztlich gilt über alle sozialstrukturellen und sozialpsychologischen Unterschiede hinweg, dass der soziale Zusammenhalt den Menschen aus ihrer Lebenserfahrung heraus sehr wichtig ist.

Noch deutlicher werden die Menschen bei unserer zweiten Erhebungsdimension, der Empfehlung an die nachfolgenden Generationen: 85 Prozent geben ihnen mit, dass sozialer Zusammenhalt auch in Zukunft außerordentlich wichtig sein sollte. Ein kurzer Blick auf die Antworten über beide Dimensionen hinweg zeigt, dass fast alle Menschen der nachfolgenden Generation wünschen, ihnen möge das Wir-Gefühl mindestens genauso wichtig sein wie einem selbst. Die Empfehlung ist unmissverständlich: Das Wir-Gefühl soll weiterhin wichtig bleiben.

Die Sorge um den sozialen Zusammenhalt ist jedoch bei der erwarteten Zukunft wieder deutlich zu erkennen: nur 23 Prozent der Befragten sind fest davon überzeugt, dass das Wir-Gefühl den nachfolgenden Generationen auch tatsächlich wichtig sein wird (D3). Die nachdrückliche Zustimmung schlägt zwar auf der dritten Erhebungsdimension nicht in klare Ablehnung um. Es zeigt sich jedoch eine gewisse Verunsicherung mit einem Mittelwert von 3,6. Nur die jüngste Altersgruppe der 14- bis 17-Jährigen und die Menschen mit überdurchschnittlichem persönlichen Handlungsvermögen sind hier optimistischer.

Menschen mit eigener Migrationserfahrung schätzen die zukünftige Wichtigkeit des Wir-Gefühls hingegen noch geringer ein.

Begründete Sorge um den sozialen Zusammenhalt?

Die Sorge um den sozialen Zusammenhalt in der erwarteten Zukunft verblüffte uns. Wir nutzten die Wiederholungsbefragung im Sommer 2016, um herauszufinden, aus welchen Gründen ein Großteil der Befragten der Meinung ist, dass das Wir-Gefühl in Zukunft nicht so wichtig sein wird, wie sie es sich wünschen. Erneut erfragten wir die Wichtigkeit des Wir-Gefühls in unseren drei Erhebungsdimensionen.

Von den 1369 Teilnehmenden an der Wiederholungsbefragung glaubten 951, dass das Wir-Gefühl nachfolgenden Generationen weniger wichtig sein wird, als sie es sich wünschen (Pessimisten). Um ihre Entscheidung zu begründen, baten wir die Befragten fünf Aussagen mit unserer üblichen Siebener-Skala zu bewerten. Den fünf Aussagen liegen fünf unterschiedliche Konzepte zu Grunde: das Nützlichkeitsprinzip (Utilitarismus), der Glaube, dass der Mensch notwendige, unveränderbare Eigenschaften besitzt (Essentialismus), die Kapitulation vor der aktuellen (politischen) Lage (Fatalismus/ externale Kontrollüberzeugung), die internale Kontrollüberzeugung und der Wandel durch technischen Fortschritt.

Die Aussage, die bei den „Pessimisten“ am meisten Zustimmung für die Sorge um den sozialen Zusammenhalt fand, war der Wandel durch technischen Fortschritt. 71 Prozent der „Pessimisten“ gaben an, dass das „Wir-Gefühl weniger wichtig sein wird als sie selbst es sich wünschen, „weil die Menschen immer mehr über das Internet und soziale Netzwerke kommunizieren werden“. 46 Prozent begründeten ihre Entscheidung mit der Aussage, dass die Unterschiede zwischen den Menschen immer größer werden (Fatalismus). 31 Prozent glaubten, dass das Wir-Gefühl weniger wichtig wird, weil man in Zukunft auch als Einzelkämpfer bestehen kann (internale Kontrollüberzeugung) und 16 Prozent glaubten, dass es sich nicht mehr lohnen wird, Teil einer Gruppe zu sein (Utilitarismus).

Neben den Pessimisten fragten wir auch die Menschen die überzeugt sind, dass das Wir-Gefühl in Zukunft wichtiger oder genauso wichtig sein wird, nach ihren Gründen. 407 der Teilnehmenden an der Wiederholungsbefragung gehören zu diesen Optimisten. 68 Prozent begründeten ihre Entscheidung damit, dass es Vorteile bringt, Teil einer Gruppe zu sein (Utilitarismus). 66 Prozent stimmten der Aussage zu, dass die Menschen in Deutschland wegen der vielen Krisen in der Welt immer mehr zusammenhalten müssen (Fatalismus/ externale Kontrollüberzeugung). 55 Prozent sind überzeugt, dass ein „Wir-Gefühl“ einfach in der Natur des Menschen liegt (Essentialismus). Gerade einmal 44 Prozent glauben, dass

die Möglichkeit über das Internet und soziale Netzwerke in Kontakt zu bleiben, gut für den sozialen Zusammenhalt sei (Wandel durch technischen Fortschritt).

Was können wir daraus schließen? Zunächst scheint der technische Fortschritt von vielen eher als Bedrohung denn als Chance für den sozialen Zusammenhalt wahrgenommen zu werden. Die Unterschiedlichkeit der Menschen, der Pluralismus in der Gesellschaft, rüttelt kaum am sozialen Zusammenhalt. Tatsächlich glauben die wenigsten, dass man in Zukunft alleine bestehen kann. Gerade in Krisenzeiten ist Zusammenhalt besonders wichtig. Man möchte sich auf andere verlassen können. Gleichzeitig ist man bereit, für andere, für die Bedürftigen, einzustehen. Die Menschen wollen gerade heute solidarisch sein. Dies äußert sich vor allem an der hohen Zustimmung zu Sozialstaatsprinzipien.

Gelebte Solidarität – hohe Zustimmung zum Solidarprinzip

Eine wichtige Aufgabe des Sozialstaats ist die Organisation der Versorgung im Alter – und das ist gut so, finden die Menschen, die wir in der Vermächtnisstudie befragt haben. Nur 5 Prozent sprechen sich dafür aus, die gesetzliche Rentenversicherung abzuschaffen. Der Mittelwert liegt hier bei niedrigen 6,0 auf unserer Siebener-Skala. Die Verantwortung für die Versorgung im Alter soll also weiterhin von der Gesellschaft und dem Einzelnen gemeinsam geschultert werden.

Allerdings gilt hier trotzdem: Leistung soll sich lohnen! Zwar sagen 61 Prozent, dass die staatliche Altersvorsorge zu größerer Gleichheit der Einkommen und Lebensbedingungen unter den Älteren beitragen sollte. Aber 51 Prozent finden es gerecht, dass die Menschen, die in ihrem Leben viel verdient haben, auch eine höhere Rente bekommen. Nur 36 Prozent stimmen der Aussage zu, dass diejenigen, die über ein großes Vermögen verfügen, weniger gesetzliche Rente erhalten sollen. Intergenerationale Solidarität zeigt sich bei der Zustimmung zu der Aussage, dass es ungerecht sei, wenn die Jüngeren später einmal weniger Rente erhalten als die heutigen Rentner. Hier stimmen 70 Prozent der Befragten zu – Jüngere und Ältere gleichermaßen.

Im Bereich der Altersvorsorge kommt also das Äquivalenzprinzip zum Tragen: wer in seinem Leben viel geleistet hat – und entsprechend in die Rentenkasse eingezahlt hat – soll dafür im Alter auch gebührend belohnt werden. Voraussetzungslos ist die Solidarität jedoch nicht: nur wer auch wirklich eingezahlt hat, soll von der Umverteilung profitieren dürfen. Nun könnte man fragen: können wir diese „Solidarität unter Vorbehalt“ überhaupt noch als Solidarität verstehen? Jein. Ähnlich wie die Schweizer in diesem Jahr würden wohl auch die Menschen in Deutschland die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens derzeit noch ablehnen. Doch das Leistungsprinzip soll nicht ungebrochen gelten: diejenigen, die nachweislich bedürftig sind, sollen staatliche

Unterstützung erfahren. Dies sieht man daran, dass 65 Prozent der Befragten sagen, dass sie in einem Deutschland leben möchten, in dem es eine staatliche Garantie für den Mindestlebensstandard gibt. Frauen und Ostdeutsche stimmen hier etwas häufiger zu. Dieser hohe Wert zeigt die Zustimmung zum Fürsorgeprinzip. Die Botschaft ist eindeutig: der Staat soll bedürftige Bürger und Bürgerinnen unterstützen!

Das Äquivalenzprinzip soll nach Meinung vieler nicht nur nach unten begrenzt werden. 45 Prozent der Befragten fordern zusätzlich eine Obergrenze für Einkommen. Ostdeutsche und Menschen mit geringer Bildung stimmen hier signifikant häufiger zu, während Menschen mit höherem Nettoeinkommen – wenig überraschend – signifikant seltener diese Position vertreten. Die hohe Zustimmung zu dieser Aussage zeigt, dass es eine Grenze des „je mehr man leistet, desto mehr soll man an Gegenleistung erhalten“ gibt. Die Produktivität jedes Einzelnen kennt eine natürliche Obergrenze, deswegen dürfen auch Einkommen nicht grenzenlos wachsen. Exorbitante Bankergehälter und Bonuszahlungen etwa sehen die Menschen nicht an ein Mehr an Leistung geknüpft.

Das Äquivalenzprinzip soll in einem weiteren Bereich nicht gelten: im Gesundheitssystem. Hier soll nicht derjenige, der mehr zahlt, auch die bessere Behandlung erhalten. 85 Prozent der Befragten finden, dass Menschen immer die bestmögliche Behandlung bekommen sollen – auch im Alter und bei geringen Heilungschancen – und selbst, wenn die Gesundheitskosten stark steigen. Im Bereich der Gesundheit zeigen sich die Menschen also besonders solidarisch: es gilt nicht die Leistung, sondern die Bedürftigkeit.

Dies zeigt sich auch an einer weiteren Frage, die wir im üblichen Dreiklang gestellt haben, der die Vermächtnisstudie ausmacht. Zwar würden 52 Prozent der Befragten für ihre eigene medizinische Behandlung mehr bezahlen, aber nur 24 Prozent wünschen den Menschen der Zukunft, dass diejenigen, die mehr bezahlen, auch medizinisch besser behandelt werden. 70 Prozent der Befragten befürchten jedoch, dass es in Zukunft tatsächlich eine bessere medizinische Versorgung für diejenigen geben wird, die mehr bezahlen. Viele befürchten also, dass die Solidarität im Gesundheitssystem in Zukunft nicht mehr bedingungslos sein wird: schon heute belohnen manche Krankenkassen regelmäßige Vorsorgeuntersuchungen und eine nachweislich gesunde Lebensweise mit einem Mehr an Leistungen. Auch ist man nur solidarisch, wenn tatsächlich eine Krankheit vorliegt. Grenzbereiche wie Schönheitsoperationen und lebensverlängernde Maßnahmen werden in Zukunft neu verhandelt werden müssen.

Was bleibt über den sozialen Zusammenhalt und die Solidarität in Deutschland zu sagen? Sie sind den allermeisten Menschen enorm wichtig. Natürlich muss auch Leistung zählen. Das Leistungsprinzip muss jedoch eine klare Deckelung nach oben und unten erfahren. Soziale Gerechtigkeit ist die Voraussetzung für den Zusammenhalt gewährleistet.

Außerdem gilt: wer krank ist oder im hohen Alter muss in jedem Fall auf den Sozialstaat zählen können. Trotz unterschiedlicher Lebensweisen stehen wir füreinander ein und können uns aufeinander verlassen. Dass unsere Gesellschaft Unterschiede tolerieren kann, zeigt, dass wir auch mit einer vorübergehenden Mehrbelastung der Sozialsysteme gut fertig werden. Die Politik muss dabei klar formulieren, dass der Sozialstaat auch durch die Zuwanderung durch Geflüchtete nicht überlastet wird und so die Ängste nehmen. Das schaffen wir.

Literatur

De Beer, Paul/Koster, Ferry (2009): *Sticking Together or Falling Apart? Solidarity in an Era of Individualization and Globalization*. Amsterdam: Amsterdam University Press.

Paskov, Marii/Dewilde, Caroline (2012): *Income Inequality and Solidarity in Europe*. In: *GINI Discussion Paper* (33). Amsterdam: AIAS.

Discussion Papers der Abteilung Projektgruppe der Präsidentin 2017

Marcel Helbig , Rita Nikolai Alter Wolf im neuen Schafspelz? Die Persistenz sozialer Ungleichheiten im Berliner Schulsystem	P-2017-001
Jutta Allmendinger, Julia Haarbrücker Arbeitszeiten und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie: Ergebnisse der Beschäftigtenbefragung der IG Metall 2017	P-2017-002
Michael Wrase, Laura Jung, Marcel Helbig Defizite der Regulierung und Aufsicht von privaten Ersatzschulen in Bezug auf das Sonderungsverbot nach Art. 7 Abs. 4 S. 3 GG. Rechtliche und empirische Analyse der Regelungen in den Bundesländern Berlin und Hessen unter Berücksichtigung des aktuellen Gesetzesentwurfs der Landesregierung in Baden-Württemberg	P-2017-003
Michael Wrase, Marcel Helbig Verfassungsrechtliche Vorgaben zur Einhaltung des Sonderungsverbots und ihre rechtliche Umsetzung in den Bundesländern	P-2017-004
Marcel Helbig, Tatiana Morar Warum Lehrkräfte sozial ungleich bewerten. Ein Plädoyer für die Etablierung tertiärer Herkunftseffekte im werterwartungstheoretischen Standardmodell der Bildungsforschung	P-2017-005
Patricia Wratil (Hg.), Georg Helbing, Olga Wiens Forschungsbericht I. Ergebnisse der Vermächtnisstudie – ein erster Überblick	P-2017-006
Jan Wetzel Forschungsbericht II. Ergebnisse der Vermächtnisstudie zum Zusammenhang von Sinnesreizen und Einstellungen	P-2017-007
Jan Wetzel Forschungsbericht III. Ergebnisse der Vermächtnisstudie zum Thema Familie und Partnerschaft	P-2017-008
Vanessa Wintermantel Forschungsbericht IV. Ergebnisse der Vermächtnisstudie zum Thema sozialer Zusammenhalt und Sozialstaat	P-2017-009
Patricia Wratil (Hg.), Vanessa Wintermantel, Olga Wiens Forschungsbericht V. Ergebnisse zur Wiederholungsbefragung der Vermächtnisstudie	P-2017-010
Jan Wetzel (Hg.), Nona Schulte-Römer Forschungsbericht VI. Grundlagen und Methodik der Erhebung mit Sinnesreizen in der Vermächtnisstudie	P-2017-011

Alle Discussion Papers sind online abrufbar:

<https://www.wzb.eu/de/publikationen/discussion-papers/bei-der-praesidentin>